

**Beschluss des Beirates Walle
Fachausschuss „Überseestadt, Wirtschaft und Arbeit“**

**Auskunftsersuchen an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität,
Stadtentwicklung und Wohnungsbau**

Der Ausschuss Überseestadt, Wirtschaft und Arbeit des Beirats Walle wendet sich mit Verweis auf die ihm zustehenden Auskunftsrechte gemäß § 7, Absatz 1, Nummer 1 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau. Er erbittet eine schriftliche Stellungnahme der senatorischen Behörde bzw. ihrer nachgeordneten Dienststellen zum Themenkomplex „Mitteilung des Senats vom 12. Juli 2022 an die Stadtbürgerschaft (Drs. 20/733 S) bzgl. der Petition S 20-24: Einrichtung einer Tempo-30-Zone auf dem Kommodore-Johnson-Boulevard“. Hierbei soll insbesondere zu nachfolgenden Sachverhalten Auskunft erteilt werden:

- In welchem Verfahrens- bzw. Umsetzungsstand befindet sich die im Rahmen der Mitteilung des Senats vom 12.07.22 (Drs. 20/733 S) erwähnte Verkehrszählung auf dem Kommodore-Johnson-Boulevard und wann rechnet die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau diesbezüglich mit belastbaren Ergebnissen?
- Wann soll nach derzeitiger Planung der Senatorin die an gleicher Stelle (Drs. 20/733 S) in Aussicht gestellte anschließende schalltechnische Untersuchung des Kommodore-Johnson-Boulevards erfolgen, auf deren Grundlage dann offenbar über die etwaige Anordnung von Tempo-30 auf der gesamten Strecke des in Rede stehenden Straßenraums beschlossen werden soll?
- Wann wäre frühestens mit entsprechender Tempo-30-Anordnung zu rechnen?

Begründung:

Im Zuge seines Berichts Nr. 28 vom 10.06.2022 (Drs. 20/710 S) bittet der städtische Petitionsausschuss den Bremer Senat im Sinne der Petition S 20-24 zur Einrichtung einer Tempo30-Zone auf dem Kommodore-Johnson-Boulevard entsprechend Abhilfe zu schaffen. Ganz wie die ursprüngliche Petition, soll dieser Prozess aktiv durch den Ausschuss Überseestadt, Wirtschaft und Arbeit des Beirats Walle begleitet und befördert werden.

Bremen, den 13.10.2022

(einstimmiger Beschluss anlässlich der Fachausschusssitzung am 13.10.2022)